

Presseinformation

des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes

LRH / Initiativprüfung / Aufbau und Betrieb eines Behördenfunknetzes in OÖ

Das Land OÖ investiert rund 51,7 Mio. Euro in den digitalen Behördenfunk; Einsatzorganisationen werden entlastet und Qualität verbessert; Betriebskosten sind Herausforderung

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) betreibt die Errichtung des digitalen Funksystems in Österreich. Ziel ist es, dass Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) über einen einheitlichen Standard kommunizieren können. Nach einer ersten Übereinkunft über die Einführung des digitalen Behördenfunks in Oberösterreich im Jahr 2006 wurden erst ab 2013 Aktivitäten gesetzt; der Zeitplan bis zur Einführung galt schon damals als sehr ambitioniert. Das Budget wird voraussichtlich eingehalten, die Reinvestitions- und Betriebskosten stellen aber finanzielle Herausforderungen dar. Unstrittig ist, dass der neue digitale Behördenfunk Qualitätsverbesserungen bringt und die Einsatzorganisationen entlastet. Das Land fördert zudem den raschen Umstieg bei den BOS.

2006 haben das BMI und das Land OÖ ein erstes Verwaltungsübereinkommen zur Einführung des digitalen Behördenfunks in Oberösterreich getroffen, 2013 ein weiteres. Die Einführung sollte 2018 erfolgen „Ein Zeitplan, der bereits damals als sehr ambitioniert galt“, sagt LRH-Direktor Dr. Friedrich Pammer. Obwohl die Verantwortlichen von einer Fertigstellung im Jahr 2020 ausgingen, blieb die Vorlage für den Beschluss des Oö. Landtags im Jahr 2015 unverändert beim Jahr 2018. „Nach unserem Dafürhalten sollten die Zeitpläne in den Informationen dem aktuellen Wissensstand entsprechen“, erklärt Pammer und er verweist darauf; dass der Ausbau nunmehr im zweiten Quartal 2021 erwartet wird.

In einer ursprünglichen Planung glaubte man, mit 145 Funkstationen und Investitionskosten von 6,4 Mio. Euro auszukommen, die Standortplanung des BMI im Jahr 2013 sah aber 355 Standorte als erforderlich an. „Aktuell rechnet man damit, dass die notwendige Funkabdeckung auch mit rund 290 Funkstationen zu erreichen sein wird“, erörtert der LRH-Direktor. Die Vorbereitungsphase hat aber auch verdeutlicht, dass man zusätzliche Redundanzsysteme brauchen wird. Diese sind notwendig, um die Kommunikation auch im Krisenfall, z. B. bei einem Blackout, aufrechterhalten zu können. Der Projektauftrag wurde daher im Oktober 2020 erweitert. „Wichtig ist es zudem, die Polizei in die Konzeption der Ausfallsysteme einzubeziehen, damit alle Einsatzkräfte im Krisenfall kommunizieren können; das Land sollte diesbezüglich mit dem BMI verhandeln“, sagt Pammer.

Die Information an den Oö. Landtag sah Investitionen von rd. 37,3 Mio. Euro in das digitale Behördenfunksystem und rd. 7,3 Mio. Euro für den Aufbau der Zusatz- und Redundanzsysteme vor. Vom Bund gab es einen Investitionszuschuss in Höhe von 7 Mio. Euro. „Das Land rechnet mit einer Gesamtinvestitionssumme von rd. 51,7 Mio. Euro; es sind rund 2,3 Mio. Euro Betriebskosten einschließlich Reinvestitionskosten jährlich kalkuliert“, erklärt der LRH-Direktor. Zu beanstanden ist aber, dass die Personalkosten sowohl in den beschlossenen Investitionskosten

Nummer 458 vom 23. Juni 2021

Medieninhaber, Herausgeber, Herstellung und Redaktion: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Promenade 31, 4020 Linz, Telefon (+43) 732 / 7720-11426
Internetadresse: <http://www.lrh-ooe.at>

als auch im regulären Budget enthalten waren und die Reinvestitionskosten nicht in voller Höhe dargestellt wurden.

Das vom Landtag genehmigte Budget wird voraussichtlich halten. Um einen korrekten Kostenüberblick zu bekommen, sind aber Anpassungen beim Projektcontrolling nötig. Das bedeutet, dass nach der Aufbauphase eine Abrechnung der Investitionen sowie eine Neuberechnung der Betriebs- und Reinvestitionskosten vorzunehmen sind. Es sollte eine auch mehrjährige Finanzvorschau erstellt werden, da die Reinvestitionskosten nicht kontinuierlich, sondern in Wellen anfallen werden.

Qualitätsverbesserungen und Entlastung der Einsatzorganisationen

Das BMI und das Land OÖ übernehmen die Errichtung, Erhaltung und den Betrieb des digitalen Behördenfunks. Das wird die meist öffentlich finanzierten Organisationen (Feuerwehren, Rettungsorganisationen) entlasten. Bisher mussten sie ihre eigenen Funknetze betreiben und finanzieren. „Mit Einführung des Digitalfunks ist die Kommunikation zudem abhörsicher und organisationsübergreifend in guter Qualität möglich“, erörtert Pammer. Ins Blickfeld rücken muss aber noch der Ausbau des Gebäudefunks, speziell in den öö. Krankenanstalten.

Das Projektbudget sah rund 1,4 Mio. Euro für eine Grundausstattung mit Funkgeräten vor. Es war wichtig, den Organisationen einen raschen Umstieg auf den Behördenfunk zu ermöglichen. Darum hat die Oö. Landesregierung darüber hinaus beschlossen, rund 3 Mio. Euro (80 Prozent Bedarfszuweisungsmittel; 20 Prozent Landes-Mittel) für die erste Vollaussattung von Feuerwehren, Berg- und Wasserrettung zur Verfügung zu stellen. Die Rettungsorganisationen erhalten rund 555.000 Euro Förderung aus dem Gesundheitsbudget.

Rückfragen-Kontakt: Dr. Friederike Riekhof (+43 732) 7720-140 91 oder mobil 0664 / 6007214091

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>